

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Ererscheinungszeit der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 23. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Redaktionsadresse: Auergebirge, Erzgebirge, Auerbach, Sachsen. Druck: Auerbach, Sachsen. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 1 Mark pro Quartal. Ausland: 1 Mark 50 Pf. pro Quartal. Einzelhefte: 10 Pf. pro Stück. Druckkosten: 10 Pf. pro Stück. Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile pro Tag. Kleinanzeigen: 5 Pf. pro Zeile pro Tag. Inserate: 10 Pf. pro Zeile pro Tag. Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile pro Tag. Kleinanzeigen: 5 Pf. pro Zeile pro Tag. Inserate: 10 Pf. pro Zeile pro Tag.

Nr. 257

Montag, den 4.

13. Jahrgang

Schimpfliche Waffenstillstandsbedingungen für Oesterreich-Ungarn und die Türkei.

Ein Erlaß des Kaisers Wilhelm. + Milderung des Belagerungszustandes.

Vom Kaiser.

Ein Erlaß des Kaisers.

Der Kaiser hat bei dem Inkrafttreten der Verfassungsänderung folgenden Erlaß an den Reichskanzler gerichtet: **Eurer Großherzoglichen Hoheit lasse Ich in der Anlage den Mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Befehle, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 zur alsbaldigen Veröffentlichung wiederzugeben. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt. Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungskreisen tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporstrebenden Kräften hat sich unserm Volk jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart. In surriblen Stürmen der vier Kriegsjahre aber sind alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltung einen Weg zu machen. Nach den Vollbringungen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Ueberzeugung verdanken die jetzt vom Reichstag angenommenen und erweiterten Vorlagen der verübundenen Regierungen ihre Entstehung. Ich aber trete diesen Beschlüssen der Volksvertretung mit Meinen hohen Verbündeten bei in dem festen Willen, was an Mir liegt, in ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß Ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volk.**

So möge die neue Ordnung diese gute Kräfte freimachen, deren unser Volk bedarf, um die schwersten Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.

Berlin, 28. Oktober 1918.
(geg.) Wilhelm, I. R.
(gegenges.) Prinz Max von Baden.

Man darf nun gespannt sein, ob durch diesen Erlaß, mit welchem der Kaiser sich mit einer gewissen Wärme und lebensvollen Nachhall auf den Boden der demokratischen Neuordnung in Deutschland stellt, diejenigen befriedigt sein werden, die unentwegt die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen fordern. Sehr charakteristisch ist in dieser Beziehung eine Aeußerung des „Berl. Tagebl.“, das zu den lautesten Rufem im Streite um die Abdankung gehört. Das Blatt schreibt zunächst: „Der Chef des Zivilkabinetts, der ehemalige Staatssekretär Debes, der, nach der Abdankung des Kaisers, zum Großen Hauptquartier gereist war, ist nach Berlin zurückgekehrt. Es ist anzunehmen, daß sich aus seinem kurzen Besuch im Hauptquartier keine besondere Aenderung der Situation ergeben hat. Diese Situation bietet sehr ernste Schwierigkeiten dar, und sie kann, wenn sie andauert, zu Entscheidungen führen, welche für die ganze innere Entwicklung folgenreich sein könnten. In politischen Kreisen wird noch die Erwartung geäußert (!), daß der Kaiser sich nach Berlin zurückgeben werde.“

Dann fährt es fort: Gegenüber allen anderslautenden Mitteilungen muß betont werden, daß das Kriegskabinet einen Hindernis und einmächtigen Beschluß in der Abdankungsfrage bisher nicht gefaßt hat, wogegen der Wunsch, daß der Kaiser in dieser Zeit zu besserer Fühlungsnahme und Aussprache in Berlin weilen möchte, allerdings ein einmütiger ist. (Bei wem?) Diejenigen, die einen Verzicht des Kaisers zugunsten seines ältesten Enkels für dringend nötig und unvermeidbar halten, (?) geben sich, ebenso wie die Reichstagsparteien, die auf dem gleichen Standpunkt stehen, nicht dem Gedanken hin, daß ein solcher Schritt jetzt noch den Gang der Friedensverhandlungen und die Waffenstillstandsbedingungen beeinflussen würde. Wie haben vielmehr

einzig und allein von innerpolitischen Erwägungen aus.

Die Besprechungen der Parteien.
Das Raffinement, mit welchem hier die Hege gegen den Kaiser betrieben wird, ist wohl kaum noch zu überbieten. Was im Gegensatz zu dieser Kaiserfärgerei des „Berl. Tagebl.“ stehen die Mitteilungen des „Berl. Volkslang.“ Dieser schreibt: In den letzten Tagen haben Besprechungen der Parteien stattgefunden, um zur Kaiserfrage Stellung zu nehmen. Insbesondere kam eine Stellungnahme zu den neuen Forderungen der äußersten Linken in Frage. Nach dem Ergebnis dieser Besprechungen dürfte die Frage, ob für die Abdankung des Kaisers Veranlassung oder Notwendigkeit vorliege, nach dem „N.N.“ verneinend zu beantworten sein. Die Stellung der Zentrumspartei sei durch die mehrfachen Erklärungen der „Germania“ wiedergegeben. Die nationalliberale Fraktion habe bei einer Besprechung, an der auch Staatsminister Dr. Friedberg als Vertreter der Partei im Kriegskabinet teilnahm, einstimmig den Standpunkt vertreten, daß der Kaisertum der Hohenzollerndynastie als Symbol der deutschen Einheit erhalten bleiben müßte, da sonst der Zerfall des Reiches zu befürchten sein würde, was wiederum die Verehrung des deutschen Volkes zur Folge hätte. Die erzwungene Abdankung des Kaisers wäre weiter nichts als der erzwungene Uebergang zur Republik. Innerhalb der fortschrittlichen Volkspartei seien nur gewisse Strömungen vorhanden, die die Forderung auf Abdankung unterstützen. Die christlich-sozialistische Arbeiterpartei ist durch eine Kundgebung des Abg. Behrens entschieden für das Kaisertum eingetreten. Inzwischen haben sich auch bei den sächsischen Sozialdemokraten, insbesondere bei den Sozialdemokraten Wadens, Stimmen gemeldet, die gegen den Schritt Scheidemanns sich wenden.
So sprach in einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Karlsruhe der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Marum aber die politische Lage und dabei auch über die Abdankungsfrage. Er führte dazu aus: Wir Sozialdemokraten sind Republikaner und haben als solche keine Veranlassung, uns als Schutzwall vor die Hohenzollern zu stellen, aber darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: die Mehrheit des deutschen Volkes ist heute noch monarchisch gesinnt. Auch wenn man heute vielfach unbedachte Aeußerungen über den Kaiser zu hören bekommt von Leuten, die vordem gewaltige Patrioten waren und von denen man solches zuletzt erwartet hätte — für uns als Sozialdemokraten handelt es sich darum, daß wir einen Rechtsstaat bekommen. Die Frage mit oder ohne Monarchie ist von untergeordneter Bedeutung. In der Aussprache dankte der sozialdemokratische Stadtrat Dr. Diez dem Referenten für die tatkräftige Behandlung der Hohenzollernfrage. Es sei unwahrhaftig, jetzt im Kaiser den Sündenbock finden zu wollen. „Gewiß“, so sagte der Referent, „wir haben vordem nicht auf dieser Seite gestanden und haben ihn bekämpft, aber der Kaiser hat umgekehrt, wie so viele umlernen mußten. Er hat uns am 4. August 1914 die Hand geboten, und wir haben eingeschlagen, und es hat sich gezeigt, daß während des ganzen Verlaufes der harten Kriegszeit der Kaiser schrittlich zum Volke gehalten hat.“

Zur Friedensfrage.

Die Waffenstillstandsbedingungen des Verstandes.
Der Pariser „Temps“ kündigt die bevorstehenden Veröffentlichungen der Waffenstillstandsbedingungen an und fügt hinzu, daß die Bedingungen schwer sein würden.

Das Genfer „Journal de Genève“ gibt unter Vorbehalt, aber aus gutunterrichteter Quelle, folgenden Inhalt der Waffenstillstandsbedingungen wieder:

1. Räumung des linken Rheinufer, Elsaß-Vorbergen und die Pfalz einbezogen;
2. Befestigung der Brückenköpfe durch die verbündeten Armeen

3. Auslieferung einer größeren Menge von Kriegsmaterial, eines Teiles der Flotte und aller Unterseeboote;

4. Wiederherstellung der Industrien Belgiens und Nordfrankreichs und sofortige Lieferung aller nötigen Maschinen;
5. Lieferung der nötigen Kohlen, um die Schädigungen wieder gut zu machen, die durch das deutsche Meer in Nordfrankreich und Belgien angerichtet worden sind;
6. Eine Kriegsschädigung in bar;
7. Kontrolle der deutschen Häfen bis zur Durchführung der Friedensbedingungen.

Lloyd George und Clemenceau zur Friedensfrage.

Die Londoner „Times“ meldet: Im englischen Unterhaus ist eine unionistische Opposition gegen einen Friedensschluß mit Deutschland auf der Grundlage der 14 Friedensbedingungen Wilsons zu erwarten. Man verlangt mit Entschiedenheit die Bestrafung Deutschlands, die Vernichtung seiner militärischen Macht, und die Auslieferung der Schuldigen an den Schiedsgericht.
Die Londoner „Morning Post“ meldet: Lloyd George erklärte vor seiner Abreise nach Paris, er hoffe, aus Frankreich mit dem ersten Friedenszweig zurückzukehren. Dieser Krieg werde der letzte sein, und er dürfe nur damit enden, daß die schuldigen Urheber des Krieges der Gerechtigkeit ausgeliefert würden.

Der Agomer „Progress“ meldet: Im französischen Kammerauschuß für Auswärtiges erklärte am Donnerstag Clemenceau, die Bedingungen des Waffenstillstandes müßten derartige sein, daß Frankreich auf ein Jahrhundert Ruhe und Frieden habe. Die Urheber des Krieges dürften nicht weiter die Geschichte der Welt leiten. Der Ausschuß billigte einstimmig die knappen Auslassungen des Ministerpräsidenten.
Wollte man nun Clemenceau beim Worte nehmen, so müßten in erster Reihe er selbst, Präsident Poincaré, Sir Grey usw. als die eigentlichen Urheber des Krieges zur Rechenschaft gezogen werden.

Amerikanische Forderungen.

Die Versammlung der amerikanischen Exporteurevereinigung hat eine Resolution angenommen, in der sie sich für die vollständige Wiederherstellung des gestörten Frankreichs und Belgiens nach dem Kriege einsetzt und die bedingungslose militärische Niederlage Deutschlands fordert. Die Vereinigung vertritt beinahe 1000 Handelsvereinigungen mit einem Vermögen von insgesamt fünfzig Milliarden Dollar.

Der Abschluß des Waffenstillstandes mit Deutschland.

Der „Manchester Guardian“ schreibt: Die Bedingungen für den Waffenstillstand würden ein sehr umfangreiches Dokument bilden. Sie würden eine große Zahl von Einzelheiten umfassen und auch eine sehr ausführliche Angabe der Ausführungen dieser Einzelheiten. Die deutsche Vorstellung von einer gemischten Kommission zur Regelung der Einzelheiten der Räumung sei unhaltbar. Man könne erwarten, daß folgende Methoden befolgt werden: Das Dokument mit den Bedingungen wird den deutschen Besatzmächtigkeiten übergeben werden und vermutlich wird eine deutsche militärische Abordnung in einem der Hauptquartiere der Alliierten erscheinen, um Antworten auf Fragen in Empfang zu nehmen. Man erwartet, daß nach der Bekanntmachung der Bedingungen zu dem Waffenstillstand die deutsche Antwort nicht lange auf sich warten lassen wird.

Zur inneren Lage.

Die Neuwahlen zum Reichstage.
Die Legislaturperiode des gegenwärtigen Reichstages war schon 1917 abgelaufen und ist bereits zweimal verlängert worden. Da sich sowohl bei der Regierung wie in den Reichstagsparteien selbst der Wunsch nach Neuwahlen lebhaft bemerkbar macht, soll nach einer Berliner Mitteilung der Beschluß gefaßt worden sein, schon in den ersten Monaten des kommenden Jahres solche stattfinden zu lassen. Die Aufstellung der Wahllisten werde allerdings diesmal eine besonders schwierige und umfangreiche Arbeit sein, da allen aus dem Felde heimkehrenden Kriegern das Recht der Wahl zu sichern ist, so daß mit Neuwahlen vor War wohl kaum zu rechnen sein dürfte. Die Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhause dürften im Juni stattfinden.